
Presseinformation

Berlin, den 22. Februar 2013
Nr. 6, 2013

Verband Deutscher
Verkehrsunternehmen e. V.
Lars Wagner
Pressesprecher
T 030 399932-14
Wagner@vdv.de

Entflechtungsmittel finanzieren über 160 ÖPNV-Projekte

Die Entflechtungsmittel, deren Dotierung nach dem Jahr 2013 noch unklar ist, sind das zentrale Finanzierungsinstrument für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in deutschen Städten und Gemeinden. Eine aktuelle Abfrage des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) bei seinen Mitgliedsunternehmen zeigt, dass in den Jahren 2010 – 2013 mindestens 160 Nahverkehrsprojekte durch diese Gelder mitfinanziert wurden. Das gesamte Investitionsvolumen dieser Projekte beträgt knapp 2,5 Milliarden Euro. Etwa 1,5 Milliarden Euro (rund 62 %) hat der Bund dabei aus den Entflechtungsmitteln und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) beigesteuert. „Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass es ohne die Entflechtungsmittel nahezu einen Baustillstand im deutschen ÖPNV gäbe. Deshalb ist es für unsere Branche von entscheidender Bedeutung, dass entsprechende Gelder auch nach 2013 für verkehrsbezogene Investitionen zur Verfügung stehen“, so VDV-Präsident Jürgen Fenske.

Jährlich stellt der Bund den Ländern Entflechtungsmittel von rund 1,33 Milliarden Euro für den Aus- und Neubau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung, etwa 740 Millionen Euro sind dabei für ÖPNV-Projekte vorgesehen. Hinzu kommen für den Nahverkehr noch etwa 330 Millionen Euro GVFG-Mittel. „Das Geld wird für sinnvolle Verbesserungen des kommunalen ÖPNV eingesetzt. Davon werden beispielsweise neue Fahrzeuge gekauft, Haltestellen barrierefrei umgebaut oder Straßenbahn- und Buslinien erweitert. Natürlich reichen diese Mittel alleine nicht aus, um jedes Projekt komplett zu finanzieren, auch die Kommunen und Verkehrsunternehmen tragen erhebliche Eigenanteile. Aber jeder Euro aus den Entflechtungsmitteln und dem GVFG ist gut angelegtes Geld für eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur in Deutschland“, so Fenske.

„Rote Liste“: Bei 116 Projekten ist die künftige Finanzierung schon heute ungewiss

An der Abfrage nach aktuellen und geplanten Projekten, die durch Entflechtungs- und GVFG-Mittel gefördert werden, beteiligten sich zahlreiche Mitgliedsunternehmen. Die so entstandene Übersicht enthält mehr als 160 Projekte verschiedenster Art in ganz Deutschland: von eher kleineren Maßnahmen wie der Modernisierung von Aufzügen und Rolltreppen in Dortmund oder der Beschaffung von mobilen Ticketautomaten in Erfurt bis hin zu Großprojekten wie dem U-Bahn-Ausbau in Berlin oder Köln. „Natürlich sind in der Übersicht nicht alle Projekte enthalten, aber ein mehr als repräsentativer Querschnitt dessen, was in den letzten Jahren und ganz aktuell umgesetzt wird. Darüber hinaus haben wir allerdings noch eine zweite Abfrage gemacht. Darin haben wir unsere Mitglieder gebeten, die Projekte zu benennen, die sie eigentlich dringend angehen müssten, aber aufgrund der ungesicherten Zukunft der Entflechtungsmittel bislang nicht weiter verfolgen können. Diese Liste ist leider fast genauso umfangreich wie die andere“, erklärt Fenske.

Auf der zweiten, der „roten Liste“ sind 116 Projekte zusammengekommen, von denen schon heute unklar ist, wie und ob sie künftig finanziert werden können. Darunter sind vor allem zahlreiche Maßnahmen, die für die Ertüchtigung bzw. Aufrechterhaltung des bestehenden Betriebs dringend notwendig wären, wie zum Beispiel Erneuerungen an Schienen, Fahranlagen und Haltestellen.

Politik darf sich trotz Wahljahr nicht ihrer Verantwortung entziehen

Je länger die Zukunft der Entflechtungsmittel unklar bleibt, desto länger wird die Liste mit aufgeschobenen Projekten im ÖPNV. Und am Ende wird dieser wachsende Investitionsstau die Qualität der kommunalen Verkehrswege nachhaltig negativ beeinflussen. Erste Anzeichen, wie vermehrte Langsamfahrstellen im Netz, veraltete Technik und Fahrzeuge oder stillstehende Rolltreppen und Aufzüge sind schon heute vielerorts für den Fahrgast spürbar. Dazu kommt, dass der ÖPNV in Großstädten wie München, Köln oder Hamburg bereits heute an der Kapazitätsgrenze fährt. „Das ist schon paradox, immer mehr Menschen fahren mit Bus und Bahn und der ÖPNV wird immer wichtiger für die Mobilität der Deutschen. Gleichzeitig tut sich der Bund schwer, für eine gesicherte Mitfinanzierung der ÖPNV-Infrastruktur zu sorgen“, so Fenske.

Die jüngste Entscheidung der Regierung, den Status quo in Sachen Entflechtungsmittel erstmal nur für ein weiteres Jahr zu erhalten, wertet der VDV als politische Unentschlossenheit angesichts der anstehenden Bundestagswahlen. „Der Vorschlag, die Entflechtungsmittel in heutiger Höhe nur 2014 an die Länder zu zahlen, wäre für den ÖPNV kein gutes Ergebnis. Denn erstens bringt das natürlich für die Planung mehrjähriger Baumaßnahmen keine zusätzliche Sicherheit. Und zweitens entsprechen die vorgesehenen Mittel nicht dem objektiven zusätzlichen Bedarf. Damit beginnt für den Verkehrssektor der Verteilungskampf auf Länderebene. Und was nach 2014 kommt, ist nach wie vor offen. Im Grunde hat die Bundesregierung also entgegen ihrer Aussagen im Koalitionsvertrag nichts entschieden, sondern will das Problem um ein Jahr und in Richtung der Länder verschieben“, sagt Fenske abschließend.

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der vom Bundesrat wegen nicht ausreichender Dotierung und zu kurzer Geltungszeit abgelehnt wurde. Der VDV unterstützt die Forderungen der Länderkammer und fordert eine Nachbesserung des Entwurfs sowie eine zügige Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode.

Im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) sind rund 600 Unternehmen des Öffentlichen Personenverkehrs und des Schienengüterverkehrs organisiert. Täglich ersetzen Busse und Bahnen über 18 Millionen Autofahrten und 77.000 voll beladene Lkw. So sorgen der VDV und seine Mitgliedsunternehmen dafür, dass Deutschland nachhaltig mobil bleibt!